

66. Jahrgang. № 50. Montag, 30. Januar 1922.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Філіалів: 20011.**

König Johann Str. Pirknaischer Platz

**Schloß-Konditorei Weber**  
Schloßstraße 19  
(nahe 201-211 m vor der Kanzlei)

**Regina-Palast**  
S-Über- Restaurant ersten Ranges Alben-

# Der deutſche Zahlungsplan.

## Der Werkauf der Note an die Reparationskommission.

**Berlin, 20. Jan.** Die gestern dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung an den Präsidenten der Reparationskommission hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 18. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Hälfte des Jahres 1922 einen vorläufigen Zahlungsausschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen  
a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Rotenumlauf mit geeigneten Garantien,  
b) ein vollständiges Programm für Vorauszahlungen und Leistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt.  
Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Ver-

## I. Reform des Haushalts und des Kosten- umlaufs.

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Meldepfändungen unter Neuerwirkung der größten Schwierigkeiten nunmehr zu schließen. Das Ziel dieser Reform, welche dem deutschen Volk schwere Opfer auferlegt, ist, daß Gleichgewicht des Reichsbauhauses herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Einnahmen aufzäuberste gesteigert, die Ausgaben auf das stärkste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit als möglich durch Anleihen gedeckt werden.

## 1. Berechnung der Einnahmen

**Das Auskommen aus den Quellen der Besitzbesteuerung wird durch Ausbau des Steuerfußes in den dem Reichstag zur Zeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Bermügenssteuer, Bermügenszuschlagssteuer, Kapitalverkehrsteuer und Abverkaufssteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 erkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr**

fähig ist. Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfang die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens eingreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauchs verschärft. Durch die Umlaufsteuer, die von  $1\frac{1}{2}$  auf 2 Proz. und die Kohlsteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 Proz. auf 40 Proz. erhöht werden soll, ist Produktion und Verbrauch in höchstem Maße vorbelastet. In den zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Entwürfen sind wichtige Sätze und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Sätze sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der deutsche Verbrauch in Abetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtbelaustung, die dem Trud der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist.

Die Durchführung der Steuerreform ist sehr gewagt. Die notwendige Umstellung der einzelstaatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. In weitem Umfang werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden Veranlaßung und Erhebung der Steuern immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererklärungen herangerückt. Gegen Kapital- und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das Banksekretilis durch Gesetz aufgehoben, der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Die durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtsabkommen zu erfassen. Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage I erläutert.

und Telegraphenverkehr auf das 21sache.

## **2. Beschränkung der Ausgaben.**

**Die Baldhüsse für die Lebensmittelverbilligung**  
werden nach einem besonderen Plan im Laufe des Rechnungsjahres 1922 bejettigt. Sie betrugen im Rechnungsjahr 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahr 1922 nur noch 1 Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zweck vom 16. Februar 1922 ab weiter um 75 Prog. erhöht.

**Die Erwerbslosenunterstützung**  
durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung erzielt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden. Die an heut ordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gesunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf 3 Milliarden Papiermark herabgesetzt.

Bei den Verwaltungen der Post und bei Eisenbahnen sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so dass vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebsnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp als möglich bemessen. Sie betragen nur  $\frac{1}{2}$  Proc. des Umlaufwertes, während in der Vorkriegszeit 2 Proc. dafür aufgewandt werden mussten. Ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften die sparsame Ausstellung und genaue Einhaltung der Haushaltssätze.

### **3. Einschränkung der schwedenden Schuld und des Abolenumlaufs.**

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auslegung einer inneren Anleihe versuchen. Die Ende 1919 ausgelegte Staaträmenanleihe hat dem Reich trotz Ausstattung mit den mannigfachsten Vorteilen nur 1,8 Milliarden Bargeld zugeschafft. Sie muss also als Misserfolg bezeichnet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird erst dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wiederhergestellt ist und wenn feststeht, dass die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer fundierten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auslegung einer Anwangsanleihe schreiten, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwedenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Anspruchsnahme der Notenpreise finanzieren zu können.

Dem Bedenken, daß die alliierten Regierungen aus der rechtlichen

**A b h ä n g i g k e i t d e r N e i c h s b a n k v o m N e i c h d o n z l e r**  
entnehmen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zur Zeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichskanzlers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung der Reichsbank bestätigt und somit ihre Autonomie gesichert wird. Über die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, ergeben die weiteren Anlagen

dieser Note den erforderlichen Aufschluss.  
Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bleibt Gewähr dafür, daß für die Glücksräumung der schwebenden Schuld und die Entlegung der Notenpreise alles geschieht, was von der deutschen Regierung bislang erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem da'st Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblich gewesenen Weise veröffentlicht

## **II. Programm für die Leistungen des Schuljahrs 1922**

**Kalenderjahres 1922.**  
Die vorliegend dargelegte Reform des Reichshaushalts gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen. Die Einnahmen des Reichs bringen in der Hauptsache nur Papiergebund, mit welchem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark Reparationszahlungen in Goldmark nicht geleistet werden können. Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Kraftanstrengung zurzeit unmöglich machen, die gesamten Reparationsleistungen auszubringen. In der

Hauptfaktor sind dafür folgende Faktoren bestimmend:

Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohle nur noch wenig. Die Produktivität, insbesondere der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unerreichbare Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt über

### Nur ein Schritt auf dem Wege zur Regelung der Reparationen.

Schneller als Dr. Wirth es gedacht, stehen wir wieder vor einer ähnlichen Situation wie damals, als Dr. Simons in London den deutschen Reparationsplan überreichte. Die infolge der eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsende Erkenntnis, daß die Zahlungsbedingungen von London unmöglich sind, hat sich dank Poincarés in Cannes nicht auswirken können, man ist heute im Entenkelager über die Reparationspolitik uneiniger denn je. Und da ist man wie damals auf den zeitgewinnenden Ausweg gekommen, Deutschland erst mal selbst sagen zu lassen, was es zahlen kann. Man behält sich damit immerhin die Möglichkeit vor, den bösen Willen Deutschlands erneut als bewiesen hinzustellen und wie in London eine Regelung aufzwingen, die Deutschland nicht tragen kann. Eigentlich war die ganze Forderung der Reparationskommission überflüssig; denn alles, was Deutschland über seine Leistungsfähigkeit sagen kann, hat die Kommission bei ihrem Aufenthalt in Berlin selbst feststellen können. Das hat ihr vor allen Dingen Rathenau in seiner Vernehmung so klar auseinandergesetzt, daß es die deutsche Regierung jetzt in ihrem Garantie- und Reparationsplan kaum anders tun konnte. Darum bringt auch die neue Note Wirths an die Reparationskommission in ihrem ersten Teil, der sich mit der Sanierung des deutschen Haushalts beschäftigt, nichts Neues. All die Fragen, die mit der Vermehrung der Einnahmen, also in erster Linie mit dem im letzten Augenblick geborenen Steuerkompromiß, zusammenhängen, und die Darlegungen über die Beschränkung der Ausgaben, die in erster Linie eine Erfüllung der Ententebedingungen auf Vorfall der Geschäfte für die Lebensmittelversorgung, Vorfall der unproduktiven Erwerbslohenunterstützung, auf selbsterhaltende Wirtschaft in den Betriebverwaltungen bedeuten, sind in der letzten Zeit im Parlament und Presse eingehend behandelt worden. Sie sind von den maßgebenden Parteien zum größten Teil grundsätzlich ausgeheiszen worden, so daß manche sohlliche Bedenken hier zurückgestellt werden können.

Bedenken hier zurückgestellt werden können.

In bezug auf die Reichsbank kündigt der Kanzler ein Gesetz an, durch das die Befugnis des Reichskanzlers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung der Reichsbank bestätigt werden soll. Der Reichskanzler „leiter“ nach dem § 20 des Bankgesetzes die Verwaltung und das Reichsbankdirektorium hat seinen Weisungen zu folgen. In der Praxis ist es aber kaum jemals zu irgendeinem Eingriff eines Kanzlers gekommen, und so kommt einem derartigen Gesetz wohl nur formale Bedeutung zu. Weit schwieriger ist es natürlich, die Neuauflage von Banknoten einzustellen. Und wenn auch die Note hervorhebt, daß die beschlossene Zwangsanleihe davon bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun, so ist doch eine Beendigung der Inflation um so weniger möglich, als die verschiedenen Reichsbanken und die mit der Finanz-

Um je  $\frac{1}{2}$  Milliarden Goldmark. Der Wert der Ausfuhr ist von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark gesunken. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise eine Verminderung der Ausfuhr um etwas mehr als den viersten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege. Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark positiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine anhaltende Zehrung der Währung nicht möglich.

Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Dritten eine neue Erschütterung des Marktfutes, gleichzeitig erhöht sie alle inneren Gewinne, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen immer mehr.

Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, so muß man an dem Ergebnis kommen, daß es unabdinglich erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922 von allen Reparationsleistungen zu trennen zu betonen. Die deutsche Regierung verpflichtet sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die schwersten Belastungen für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches unter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß.

Der deutsche Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Sancus für Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Fristen in Erwägungen gestellt worden sind:

120 Millionen Goldmark an Barzahlungen, bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen.

Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Mittel zur Deckung so bedeckender Zahlungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum großen Teil nur durch Erhöhung der schwedischen Schuld hergestellt werden können, und daß sie mit Absicht hierauf blicken muß, die deutschen Barzahlungen möglicherweise unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Fristen festzulegen.

Sie kann wie die Festlegung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 erfolgen mag, sofern die deutsche Regierung auf Grund der Vorbesprechungen

folgendes Programm für die Art und Weise

der Erfüllung vor:

a) Auf die leistungsfähigen Verträge werden die Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fälligkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind und noch bewirkt werden. Sie im Jahre 1922 danach noch zu leistende Barzahlungen werden auf die Basis des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.

b) Die in fremder Währung zu erhaltenden Vergütungssummen werden auf die Gesamtleistungen des Jahres 1922 verteilt. Die in Papiermark zu leistenden Verträge zu den Belagungssummen werden bedenklich ermäßigt.

c) Die übrigen in fremder Währung zu tilgenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere die Fasces auf Grund des Ausgleichsvertrages, werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.

Was die Sachleistungen anlangt, gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Weile ist das Weisbadener Abkommen abgeschlossen worden. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit anderen alliierten Regierungen Abkommen über Sachleistungen abzuschließen.

Bei der Feststellung der Sachleistungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch die Goldabnahmen erforderlich seien, dazu ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung hält, daß die Sachleistungen für jedes beteiligte Land gerecht sein sollten und daß sie nur insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden können.

### III. Vorschläge für das Reparationsproblem.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung des Reparationsproblems für das Jahr 1922 allein nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage und auf längere Zeit Vorrang zu treffen. Dies sollte schließlich geschehen, da die Ungewissheit darüber, wie vom Jahre 1922 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder einen lästigen Einfluß ausübt.

Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Ganzlich wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen, noch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich so zu erholen, daß es als ein zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationssumme angesieht werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist die Voraussetzung für eine befriedigende Lösung des Problems.

Die deutsche Regierung hält daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wiederherstellt und eine große Reparationssumme durch internationales Zusammenwirken möglich macht.

Gemeinhinigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Sehr, Dr. Wirth.

Anfragen: I. Ueberblick über das Steuersystem, die Durchführung der Steuergefuge und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht mit Tabellen über die neuzeitliche Bevölkerung im Vergleich mit England und Frankreich.

II. Ueberblick über den Abschluß des Haushaltplanes für 1922.

III. Ueberblick über die bei der Post und Eisenbahnen durchgeführten und geplanten Reformen.

IV. Programm für die Befestigung der Befestigungen der Lebensmittel.

### Entscheidung über die deutsche Rolle im Oberschen Rat.

Paris, 29. Jan. Aus Kreisen, die der Reparationskommission nahestehen, wird mitgeteilt, daß die Entscheidung über die deutsche Tenthilfe zum Reparationsplan für 1922 auch diesmal nicht von der Reparationskommission getroffen werden wird. Bisher hat diese fast stets vermeidet, in wichtigen Reparationsfragen zu entscheiden, sofern sich keine Einigungslösung ergibt. Da dies auch diesmal infolge französischer Einsprüche nicht der Fall sein dürfte, so wird die Reparationskommission noch weiterer Prüfung der deutschen Vorschläge die legitime Entscheidung dem Oberschen Rat überlassen.

## Die Gefahr eines Eisenbahnerstreits im Reiche.

### Ablehnung des Eisenbahnerultimatums durch die Regierung.

Zu dem Ultimatum der Reichsgewerkschaft verbreitete die Reichsregierung durch Wollfs Telegraphenbüro folgende Erklärung:

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten und -Angestellten hat dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister am 27. Januar eine Entschließung ihres erweiterten Vorstandes überliefert, in welcher die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 8. Dezember 1921 unter nachdrücklichster Betonung der notwendigen automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes wiederholt werden und binnen 5 Tagen nach der Überreichung eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt wird. Für den Fall der Ablehnung wird der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft beauftragt, unverzüglich das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen.

Gleichzeitig wird vom Reichsverkehrsminister die Aufzehrung aller Erlass- und sonstigen Anordnungen verlangt, durch die bereits jetzt Einschränkungen der bisherigen Bestimmungen über den Aufschubtag durchzuführen versucht werden und die Zurückziehung des Dienstentenenzurufs des Arbeitszeitgeleags gefordert, da er ein ungerechtfertigtes Ausnutzungsrecht für die Eisenbahnerbeamten darstellt.

Der Reichsgewerkschaft muß bekannt sein, daß die

Reichsregierung in einem Antwortschreiben des Reichs-

finanzministers vom 13. Dezember 1921 auf die Gingabe des

Deutschen Beamtenbundes vom 8. Dezember 1921 durchaus

hingenommen hat, daß die Forderungen, die einen faramen-

Wettschrank des Reiches, der Länder und der Gemeinden

von 50 bis 100 Milliarden Mark bedeuten, die gebotene Rück-

nahme auf die allgemeine Volkswirtschaft, auf andere

Kreise der Bevölkerung, auf die Finanzlage des Reiches

und auf unsere anwähige Lage vermessen lassen, und daß

es der Reichsregierung daher nicht möglich sei, die Forderungen als geeignete Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. Der Reichsgewerkschaft muß bekannt sein, daß der Beamtenbund in Niederkirchheim mit den anderen

Großorganisationen diese Forderung der Höhe nach fallen zu lassen hat. Der Reichsgewerkschaft muß ferner be-

kannt sein, daß der Vertreter des Reichsfinanzministers in

der Sitzung des Reichstages vom 21. Januar 1922 die Er-

klärung abgegeben hat, daß es der Absicht der Reichsregie-

rung entspreche, baldmöglichst in eine eingehende Ausprache

über alle Reparationsfragen einzutreten und alle in Vertrakt

kommenden Probleme, wie die Möglichkeit einer auto-

matischen Anpassung der Bezüge an die jeweilige Teuerung,

die Bewahrung der Überzeugungszufriedenheit der Bevöl-

kern, mit den Parteien des Reichstages eingehend zu verhandeln.

Am 23. Ausdruck des Reichstages ist die Frage bereits

geprägt worden, inwiefern die Beamten Wirtschaftsbe-

teiligung in Anlehnung an die den Arbeitern in Aussicht

gestellten Überzeugungszufriedenheit in Dritten mit seines-

ders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gewährt wer-

den können, und die Reichsregierung hat sich bereits erklärt,

diese Frage am Montag, 20. Januar, mit den Vertretern

der Gewerkschaften im Reichstag einzutreten. Ferner hat der

23. Ausdruck des Reichstages die Frage der automatischen

Anpassung der Gehälter an die sinkende Kaufkraft des

Reiches bereits behandelt und am 27. Januar einem Unter-

sucht zur eingehenden Prüfung überwiesen.

Bei dieser Sache ist das Vorgehen der Reichsgewerkschaft nicht nur vollkommen unverständlich, sondern geradezu unverantwortlich. Die Reichsregierung erwartet, daß jeder Beamte eine etwaige Forderung, in Streik zu treten und sich dadurch aufscheitend gegen seine Beamtenpflichten zu verhalten, zurückweisen wird. Die Regierung wird mit den schärfsten Mitteln gegen jeden schuldigen Beamten einstecken. Sie wird außerdem den pflichtgetreuen Beamten mit allen Mitteln Schutz angebieten lassen.

Wie die Berliner Blätter hierzu erfahren, will die Reichsgewerkschaft die fünfjährige Frist, die sie in ihrem Ultimatum der Reichsregierung gestellt hat, nicht abwarten, sondern schon in der Nacht vom Sonntag zum Montag in den Streik treten, falls es gelingt, die Richtlinie des Streiks so dahin in der Provinz bestimmt zu erhalten, daß die Gewerkschaften sind bereits Kuriere mit der Streikparole und entsprechenden Anweisungen von Berlin aus nach der Provinz entsandt worden. Der Vorstand der Gewerkschaft hat sich bereits an die interalliierte Rheinlandkommission in einer förmlichen Gingabe gewandt und dieser erklärt, daß der Streik der Eisenbahnerbeamten am Montag ausbrechen würde, weil „die Regierung die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft abschob hat“. Die interalliierte Rheinlandkommission hat sich daraufhin an die Reichsregierung um Auskunft gewandt.

Vor unserer Berliner Schriftleitung erfahren wir zum Stand der Streikfrage noch folgendes: Die Mitteilung über den bevorstehenden Streik der Reichsgewerkschaft deutlicher Eisenbahnerbeamten hat die anderen Eisenbahnergroßorganisationen veranlaßt, am Sonntag zu den schwedenden Fragen Stellung zu nehmen. Es handelt sich jedoch durchweg um unerhöhlliche Vorbelastungen, da jeder Verband erst die offizielle Stellungnahme der Reichsgewerkschaft abwarten will. Auch im Reichsverkehrsministerium will man erst entscheidende Beispiele dieser Gewerkschaft abwarten. Das Gericht, daß die Reichsgewerkschaft bereits in der Nacht vom Sonntag zum Montag zum Streik aufrufen würde, wird von der Gewerkschaft selbst als unwahr bezeichnet. Die Reichsgewerkschaft hat zum kommenden Mittwoch ihren erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen und man nimmt an, daß es an diesem Tage der entscheidende Schluß gesetzt werden wird. Jedoch wird auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß es schon vorher zu einem Ausbruch des Streiks kommen kann.

### Ein Aufruf des Präsidenten der Berliner Eisenbahndirektion.

Berlin, 20. Jan. Im Hinblick auf den bevorstehenden Streik der Eisenbahner erklärt der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin einen Aufruf an die Eisenbahner, in dem er sie auf die heftigen Erschütterungen und schweren Folgen hinweist, die ein Streik der Eisenbahner gerade jetzt für die Allgemeinheit und das Vaterland im Innern und nach Außen im Gefolge haben würde, aber auch auf die Folgen, die eine Beteiligung am Streik für den Teilnehmer und seine Familie nach sich ziehen. Der Präsident richtet daher an alle einsichtigen und verständigen Beamten die dringende Aufforderung, ihrer Dienstpflichten vollem Umfang nachzukommen. Die Eisenbahnerwaltung werde allen pflichtgetreuen Beamten in der Ausübung ihrer Pflicht mit allen Mitteln Schutz gewähren.

## Rundgebungen für Rheinland und Ostmark.

### Gegen die Vergewaltigung des besetzten Gebiets.

(Drabtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 20. Jan. Der Reichsverband der Rheinländer veranlaßte heute in Berlin mit den ihm angehörigen Unterverbänden eine überaus stark bejubigte

Rundgebung für das besetzte deutsche Gebiet im Westen.

Unter den Anwesenden lag man zahlreiche Mitglieder des

Reichstages und des preußischen Landtages.

Reichstagspräsident Rothe

übernahm von Beifall begrüßt das Präsidium und erklärte:

Um zum Ausdruck zu bringen, daß das Besetzen zum

deutschen Vaterland, die Abwehr der Bedrohung unserer

Rheinländer nicht Sache einer Partei, einer Konfession oder

eines Volksstammes ist, sondern Aufgabe und Pflicht aller

Deutschen ohne Unterschied der Partei, der

Politik, das Poincaré sprach, als er sagte: Die Freiheit der

Eiselenländer haben noch nicht begonnen.

Noch niemals führten Belästigungen fremdländischer Truppen

dazu, Freundschaft zwischen zwei Völkern zu erzeugen. Deich

Poincaré weiß nicht, daß es vor allem die Wahl der Besetzung ist, die Deutschland verhindert, seinen Verlusten nachzukommen. Seine Verbündeten wissen das heute schon und er selbst wird sein eigenes Land nicht länger mehr darüber dulden können. Die Freiheit der Rheinländer wird durch die Drohung mit längerer Besetzung nicht erhöht werden. Sie wird vielmehr das Besetzen

unserer schwer gebliebenen Landsleute verschärfen.

Hierauf sprach als erster Redner Reichstagabgeordneter

Hofmann-Budwigshofen (D.A.): Wir Völker sind die

Welt am Südwestende des amputierten Reiches. Wir sind

die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts.

Wir sind die Freiheit für Deutschland geworden und unter

unserer Heimat andern nichts

# Dertisches und Sächsisches.

## Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Saal und Wirtschaft.

Hierüber hatte der Ortsausschuss Dresden des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Sonnabend einen Vortrag abend angekündigt, zu dem eine ansehnliche Zuhörerschaft im Saal des Kaufmannshof halle. Redner war der bekannte Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der preußische Ministerpräsident a. D. Siegwald. In seinen vielumfassenden Darlegungen ging er weniger auf den Deutschen Gewerkschaftsbund ein, sondern er zeichnete in großen Strichen ein Bild der heutigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und ihrer künftigen Entwicklung. Nach einem Rückblick auf frühere politische und wirtschaftliche Umwälzungen in Deutschland kennzeichnete der Redner die Situation bei Kriegsausbruch und wie Deutschland in die Weltkatastrophe hineingetrieben sei. Sehr wäre die Tendenz eines großen Teiles des deutschen Volkes nicht auf konkrete Ziele, sondern auf Weltfrieden eingesetzt und darüber sei die innere Einheit verloren. Die marginale Sozialdemokratie habe einer beglückten Menschheitsidee nach und lasse darüber den Sinn für Nation und Heimat verklummen. Das deutsche Volk sei nicht ein so einheitliches, wie das Volk der Franzosen und Engländer, und darum fehlten ihm auch die Voraussetzungen, in der Welt eine Rolle zu spielen. Der Redner verurteilte dann die klassen- und sozialpolitische Grundidee des deutschen Volkes, die immer beworbe, was uns neue, nicht aber, was uns eine. Um aufzubauen, müsse unser Volk zunächst einmal sozialpolitisch denken lernen. Werner sei ein Wiederanbau nur in politischer Gemeinsamkeitsarbeit der miteinander lebenden Kräfte möglich. Der Ausgangspunkt aller Wiederanbauarbeit müsse die gegenwärtige Staatsform sein. Das hätten auch die Reichsparteien erkannt und der Redner begrüßte das Zustandekommen einer großen Koalition auch im Reich. Komme es zu keiner erproblichen Zusammenarbeit der großen Parteien, dann drohe mit Sicherheit der Untergang des deutschen Volkes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen 200000 Mitgliedern (katholischen und evangelischen) habe sich die Aufgabe gestellt, an des Deutschen Reiches Wiederaufbau tatkräftig mitzuwirken. Unbedingt müsse eine Anerkennung des Verfaßter Diktates und des Bonner Ultimatums erfolgen. Nach dieser Einsicht seien uns zwei Bundesgenossen entstanden. Der erste sei die Arbeitslosigkeit in England und Amerika, der zweite der sich steigernde Konflikt zwischen England und Frankreich. Dann gelte es, unser Reichshaushalt in Ordnung zu bringen und auf eine Stabilisierung der Mark hinzuwirken. Weiterhin sei erforderlich, daß der Welt noch mehr Opfer bringe, und Welt wie Eisenbahnen würden eintrüben, wenn man sie etwas mehr entbürokratisiere. Länger verweilte der Redner bei der Ernährung des deutschen Volkes, diese allein könne nur von der deutschen Landwirtschaft kommen, der eine wesentlich erhöhte Stückosselschaffung gesichert werden müsse. Gleichzeitig der Verteilung der stellvertretenden Normen für das Zusammenleben der Menschen und erhöhten Einfluß der Arbeitnehmerchaft auf das Wirtschaftsleben. — Den reichlich zweitümlichen Darlegungen wurde lebhaft angestimmt. Bei erheblich gelösten Sprechern trat man später noch in eine Aussprache über das Gehörte ein.

### Mieterbund und Mietergesetz.

Der erwähnte Vortrag des Bundes Deutscher Mietervereine nahm am 14. und 15. Januar in Dresden zu den schwedenden Reichsgesetzten Stellung. Er sendet und darüber folgender Bericht:

#### Die Abhandlung wichtiger Forderungen

##### zum Reichsmietengesetz

durch den Wohnungsausschuß des Reichstages begegnete einstimmig und lärmend Widerstand. Das Abstimmungsrecht der Mieter, die Abrechnungspflicht der Vermieter wegen der Rücksäde für Betrieb und Unterhaltung mißt unter allen Umständen in das Gesetz mit aufgenommen werden. Die Bestimmung, daß das Gesetz nur bis zum 1. April 1926 gelten solle, mußte bestätigt werden. Die Mieter wurden durch das Gesetz so stark belastet, daß ihnen besondere Rechte eingeräumt werden mußten. Die Berechnung eines Endtermins würde dem gefährlichen Treiben der Boden- und Häuserspaltung wieder Tür und Tor öffnen. Die Abhandlung der berechtigten Forderungen der Mieter würde die bestehende Spannung zwischen Vermieter und Mieter auf das gefährlichste verschärfen und dort, wo sich die Mieterlichkeit bereits weitere Rechte, insbesondere das der Abrechnung errungen habe, von neuem den Kampf entfachen. Auf diese innerpolitische Wirkung sollen die vollzischen Parteien nochmals eindringlich hingewiesen werden.

#### Zum Mieterschutzgesetz

wurden u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

1. Wegfall des freien Kündigungsbrechtes des Vermieters, Abrechnung bestimmter Aufzubrungsarbeiten unter Beibehaltung der Entscheidung nach allgemeinem Erlassen.
2. Schaffung staatlicher Mietgerichte in besonderen Kammern der ordentlichen Gerichte.
3. Beseitung dieser Kammer mit Landesschultern.
4. Zusammenziehung aller Verfahren beim Mietgericht.

### Driller Weber-Abend im Opernhaus.

(28. Januar 1922)

Ein „driller Abend“ sozusagen. Konzertausführung, Ballett und Oper nebeneinander. Beiderdramatur nicht von verdreifachter Anziehungskraft. Das Parkett zeigte manche Lücken. Beschwändig, wennoch jugegeben werden muß, daß manches mehr für heimische Historiker als für die große Menge der Multizaudre war. Zumindessen in der ersten Konzerthalle. War die Ouvertüre zu der Jugendoper „Peter Schmoll“, die Ausschubach und das Drachen als schwungvolles Ausflakt bot, Klingt unerfreut. Ob mit ihren fließenden anmutigen Melodien noch erstaunlich frisch und eut Weberlich. Aber schon bei dem folgenden Konzertstück für Viola überwog das geschäftliche Interesse. Ein Andante und Rondo ungarische für Viola ist im Vergleich zu Webers Werken nicht zu finden, wohl aber als Opus 8 ein solches für Hogoit. Somit durfte die gehörte Komposition eine Umarbeitung dieses Weberstückes gewesen sein. Schon diese Übertragung mag wohl ihrer klanglichen Wirkung einen Beitrag getan haben. Nun mußte aber unter Meister-Bratscher Alfred Spivacow das Solo auch noch vom Orchesterraum aus spielen und darum möglicherweise anstrengen, was dem Violinsten auch nicht Weberlich war. Immerhin mußte natürlich ein Musiker wie Spivacow auch unter solchen Umständen sich und seine Sache noch zur Wirkung zu bringen und die häblichen Piedotvariationen des Andantes wie die charaktervollen Abthmata des Rondos gehörig wirken zu lassen.

Aus ging der Vorhang auf. Auf der Bühne saß der Opern- und Sinfoniechor sowie die Dresdner Pfeiferstaffel mit Solisten. Und unter Beweis stellte man nun Weberns „Hubeltante“ in einer allerdings etwas fesselnden Hoffnung. Die Konzerte ist als Ausbildungsort für das im September 1819 gefeierte fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Königs Friedrich August entstanden. Den von Friedrich Klindt komponierten Originaltext sang man aber nicht, sondern eine textliche Bearbeitung von Wendt, die das Ganze mit möglichster Beibehaltung der kindlichen Anlage auf eine Erntefest ausplätzt, wodurch denn Inhalt und Zusammenhang recht dunkel und verwirrt werden. Vor allem aber ruht nun die glänzende Nummer des Ganzen, die Ouvertüre, nicht mehr; Das als „Hubelouvertüre“ bekannte und volksärmliche Stück, das in die Melodie der Königshymne ausklingt. Die Ouvertüre war denn auch wirklich gestrichen. Pfeiferstaffel mit Staatstrafon? Um

1. Geschlechtes, vereinfachtes Verfahren, daß von

Kmts wegen nach dem wahren Recht forscht.

2. Einführung einer Beratungsinstitution für Kündigung,

Wille und einer Beschwerdeinstanz für alle anderen Fälle zur Nachprüfung und Erzielung einer einheitlichen Rechtsprechung.

Die Forderungen zum Mieterschutzgesetz sollen den

Reichs- und den Landesrechtsreinen, sowie dem Reichstag in

einer Denkschrift unterbreitet werden.

Au dem Gelehrtenwurf über die Wohnungsbaus

habte (Mietkosten) wird noch besonders Stellung

genommen werden.

Gegenüber den bestrebungen radikalier Hausbesitzer-

kreise, durch Steuerabnahmekreis ihre unverrechteten

Forderungen durchzuführen, sollen die Mieterorganisationen

eingreifen, um die verwohlerten Eltern den betreffenden

Gemeinden direkt anzuhören.

### Welche der Waldpark-Krankenanstalt

#### Dresden-Blaubühl.

Der Landeskrankeverbund der sächsischen Betriebskrankenkassen hatte für Sonnabend Einladungen ergeben lassen zur Weiße und Weißachtung seiner im Ortsteil Blaubühl Friedrich-August-Straße 16 gelegenen Krankenanstalt. Das Gebäude ist Ende der vier Jahre als Freibad errichtet worden. Später erwarb es Dr. med. Fischer und richtete ein Sanatorium ein, das er 20 Jahre betrieb. Auch unter dem neuen Besitzer blieben leicht et al. Unternehmen als ärztliche Praxis vor. Minuten wenigen Monaten hat das Haus eine wesentliche Erweiterung erfahren. Es wurde ein drittes Obergeschoss aufgebaut und verschiedene Veränderungen und Erneuerungen vorgenommen, so daß das Haus nunmehr 64 Zimmer enthält, davon 34 als Krankenzimmer mit 120 Betten eingerichtet sind. Die übrigen Räume beherbergen außer der Verwaltung alle zeitgemäßen Krankenhausrichtungen, wie das Laboratorium, das Mikroskopienstitut, die Operations-, Gymnastikäule usw. Im Kellergeschoss sind geräumige Badabteilungen untergebracht. Ein wunderbarer Vorgang ist die wunderbare Lage. Das Haus schließt sich unmittelbar an den Waldpark an und besitzt selbst einen großen Garten, in dem noch Hölle für Kaninchen eingerichtet werden sollen. Überleiter des Hauses, der heute, Montag, in Benutzung genommen werden soll, war Architekt und Baumleiter Schmid. Die Einweihungsfeier vereinigte eine stattliche Zahl von Vertretern der Behörden und der Berufsschule, sowie der Verbandsmitglieder im Stellvertretung der Akademie. Direktor Orib begrüßte im Namen des Aufsichtsrates der Heilstättengesellschaft, die von dem Schuhverband gegründet worden ist, besonders die Gemeindräte Dr. Daenel und Dr. Hösel von der Staatsregierung, sowie den Präsidenten des Landesgeburtenhilfesamtes, Gemeindrat Dr. Weber, und Kommerzienrat Hege als Vertreter der Handelskammer. Direktor Orib sprach die Vollzugsung aus, daß das neue Unternehmen die Unterstützung der Mitglieder finden werde und daß man das Ziel erreiche, im Interesse der Allgemeinheit Gütes zu leisten. Kommerzienrat Glauk bezeichnete als Vorstehender des Landeskrankeverbundes der sächsischen Betriebskrankenkassen die Versammlung und übernahm die Ansicht mit dem Wunsch, daß sie der leidenden Menschheit zum Segen gereichen möge dem destruktiven Peitler Dr. Fischer. Dieser betonte, daß dem Unternehmen eine große soziale und humanitäre Idee zugrunde liege. Die klinischen Leistungen müssen so gehalten werden, daß die Anzahl es mit jeder anderen aufnehmen können. Man behandelte hier nicht Fälle sondern Menschen. Bei dem Stundgang durch das Haus konnte man mit Bekleidung feststellen, daß die Kranken hier wohlgeborgen sein werden. Während des Mittagstreffens, das sich an die Feststellung stellte, wurden noch mehrere Reden gehalten, von denen nur die folgenden erwähnt seien. Präsident Dr. Weber lobte vor der Industrie den Dank aus, daß sie es möglich gemacht habe, dieses mit den modernen Apparaten zur Diagnostik und Therapie verfehlte, gemäß und behaglich eingerichtete Haus zu eröffnen und schloß mit dem Wunsche, daß es viel Segen und Ruhm stiften möge. Prokurator Sieger dankte alsstellvertretender Vorsteher der Heilstättengesellschaft allen Mitbürgern und Kommerzienrat Hege überbrachte die Wünsche der Handelskammer. Ministerialrat Dr. Kloeden begrüßte den Tag als einen Wohlsein und Wohlvergnügen. Die Geschichte der Betriebskrankenkassen und Professor Dr. Gleiwitz demonstrierte, daß der Arzt sehr viel zum sozialen Verhältnis beitragen könne, wenn er sein Amt richtig ausfülle und den Kranken helfen würde, das er unter den Menschen keinen Unterschied habe. Geschäftsführer Engel Sicherheit die Unterstützung der Innungskrankenkassen zu.

— Prinzessin Maria Alix von Sachsen, die zweite Tochter des früheren Königs, verlobt mit dem Prinzen Franz Josef von Hohenlohe-Langenburg, ist am Sonnabend in München von einem Prinzen glücklich entbunden worden.

— Zum großbürgerlichen Bielenkonzert in Chemnitz ist Herr Herbert von Konzern ernannt worden.

— Das Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins und der Lehrerverein für Naturkunde veranstalteten Mittwoch, den 1. Februar, 7 Uhr, einen Nachblühend im Kreis- und Stadtkonservatorium der Sächsischen Seminard. Teplicher Straße. Der durch seine Vorträge im Schulmuseum, im Volkswohl usw. bekannte Lehrer K. Melzer (St. Volkschule) spricht über:

Das ergebnisreiche Gebrauchsbaum als Ausdruck seiner Heimatliebe.

— Die Männerrotstirgruppe im Verein für das Denkmal im Auslande batte am Sonnabend im Konzertsaal der Ausstellung einen Familienabend. Wer das große Plakat mit der Einladung zum Sommervergnügen am Pfingstsonntag bemerkte, der konnte schon den Grundton der kleinen Festlichkeit ersehen: eine humorvoll tempivierte Gemüthsfeier, die auch auf dem Tanzplatz erwärmt und den Abend dann in einer Anzahl von Vorträgen abspielen ließ. Der Vortrag des Verbands der Bergungs- und Ausstellungskunst, Philipps, benützte bei der Begrüßung die Gelegenheit, um des eigentlichen Gehaltens des Vereins zu gedenken, der bis 1917 eine Summe von über 5 Millionen für die deutschen Brüder im Ausland aufgewandt hat. Bei ihren geleglichen Veranstaltungen vermögt die Männerrotstirgruppe mit der Frauen- und Mädchengruppe allerdings nicht zu weitertreten, aber die Freigäste ihrer tausendlichen Mitglieder fühlt sie lieber; die reiche Vereinsförderer schließen sich lässig der Darbietungen an. Neben den Mitgliedern des Operetten-Sängers Hans Müller und — Müllerin — den Vorträgen eines eben gebräuchlichen Schulvereins-Gesangsabends umfassten sie die vielfversprechenden Leistungen des Schulvereins-Streichquartett; bemerkenswert ausgeglichen und gefühlvoll gespielt waren ein Largo von Haydn und ein Tanz von Franz Schubert. Und dann trat freudig in all dem Vierstimmimmer, aber am freudlichsten begrüßt, ein lächelnder Mann in Jägerkleid und mit der Faute im Arm vor: Union Günther, der Volksdichter aus Görlitz. Eine andere Welt schloß sich auf, die Welt des engen Erzbergerhauses am Hamm da oben; diese Welt, in der das Herz der Natur noch wach ist, und wo ein Sonnenaufgang die Welt, ein „Dichter, noch verkehren kann, was die Stadt singen“, und wo es noch ein „Bodenhaus“ gibt für den grau von den Jahren bereiteten Mann, und „Liebt, heimlich und herrlich, aus tiefer Seele der Menschen über den Alten hinleuchtet.“

— Trachtenfest. Gegen fünf begann das Almest auf der Dietrichsplatte, ironisch auch das Trachtenfest des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins gehalten. Beide Säle der Ausstellung waren um die Bühne herum voll von Menschen; die schwulen Dirndl aus der Umgegend, mit Edelweiß im Haar und die Blütenblätter mit fröhlicher Lebenslust, und die Schönheiten und Schönheiten, sonst eine arme Gesellschaft, heute aber mit des Angenäherer Gottseligem Spruch im Herzen. Es kann dir nichts geschehen, sie waren beisammen und grüßten sich mit großer Wiederherstellungsruhe; stand doch ringsherum an den Wänden abgezweigt im lebhaften Konterfei des Herrgotts Liebts Ritt im Oberbayerland; Berghügel mit dem Tambour dabei. Schönlich doch ein ungeheurem Volksfest in den trocknen Tälern. Dieses ja! Der Heilige begann. Und nun Rundumstanten, Hüttentuben, Bergleute, Dirndl, so Sam's mit ungeheurem Haar und Hüttentube zur Feststunde neugierig. 800 mögen sich darum versammelt und dem Bandana der Mädchen und dem Schuhplattler des Leut' beiderlei Geschlechts und am Ende dem Einzelshuhplattl Balltimmerst Müller jun. mit seiner Tochter angestrahlt haben. Von dem Gedrang, das nun anhielt, als die Bahn frei war und männlich zum Tanzplatz hastete, lädt mich schwärzen. Ein Glück war's, daß der Heimatkund, insonderheit Haberfelder Schupp als Verteilung, sodann Architekt Walter Türcce, der die Bauleitung übernommen hatte, auch für anderweitige Abwendung gesorgt hat. So wimmelte es vor der hervorragend befehlten Tombola, es war unmöglich, durch die gestauten Massen zur Rutschbahn ins Salzbergwerk vorzudringen, beim Sabotier suchte manche heimliche Unterfunktion am Schlehdank knallten die Gewehre, daß es eine interstrikte Angst war. Mit einem Wort: Vom lieben Trubel konnte einem Hören und Sehen vergessen.

— Bildstürmer in der Technischen Hochschule. Von einem Studenten erhalten wir folgende Aufschrift: „Wer in diesem Jahre die Reichsgründungsfeier in der Aula der Technischen Hochschule miterlebt hat, der konnte zum ersten Male dort vier letzte Postamente sehen, die eben durch ihre Stabilität zum Segen gerechnet mögen dem destruktiven Peitler Dr. Fischer. Dieser betonte, daß dem Unternehmen eine große soziale und humanitäre Idee zugrunde liege. Die klinischen Leistungen müssen so gehalten werden, daß die Anzahl es mit jeder anderen aufnehmen können. Man behandelte hier nicht Fälle sondern Menschen. Bei dem Stundgang durch das Haus konnte man mit Bekleidung feststellen, daß die Kranken hier wohlgeborgen sein werden. Während des Mittagstreffens, das sich an die Feststellung stellte, wurden noch mehrere Reden gehalten, von denen nur die folgenden erwähnt seien. Präsident Dr. Weber lobte vor der Industrie den Dank aus, daß sie es möglich gemacht habe, dieses mit den modernen Apparaten zur Diagnostik und Therapie verfehlte, gemäß und behaglich eingerichtete Haus zu eröffnen und schloß mit dem Wunsche, daß es viel Segen und Ruhm stiften möge. Prokurator Sieger dankte alsstellvertretender Vorsteher der Heilstättengesellschaft allen Mitbürgern und Kommerzienrat Hege überbrachte die Wünsche der Handelskammer. Ministerialrat Dr. Kloeden begrüßte den Tag als einen Wohlsein und Wohlvergnügen. Die Geschichte der Betriebskrankenkassen und Professor Dr. Gleiwitz demonstrierte, daß der Arzt sehr viel zum sozialen Verhältnis beitragen könne, wenn er sein Amt richtig ausfülle und den Kranken helfen würde, das er unter den Menschen keinen Unterschied habe. Geschäftsführer Engel Sicherheit die Unterstützung der Innungskrankenkassen zu.“

— Studentenfest. In der Technischen Hochschule. Von einem Studenten erhalten wir folgende Aufschrift: „Wer in diesem Jahre die Reichsgründungsfeier in der Aula der Technischen Hochschule miterlebt hat, der konnte zum ersten Male dort vier letzte Postamente sehen, die eben durch ihre Stabilität zum Segen gerechnet mögen dem destruktiven Peitler Dr. Fischer. Dieser war zweifellos nicht der tollst, sonst wäre die Studentenschaft selbst Mannes nennens gewesen, die Bülten zu entfernen. Das war sicher auch bei den denkenden Kommilitonen nicht der Fall, die Anhänger der Republik sind. Das Ministerium muß also für seine Anordnung andere Gründe gehabt haben. Will man nicht annehmen, daß lediglich die — leider noch immer nicht ganz auf die Errungenschaften des 9. November einstimmende — Studentenschaft getröstet werden sollte, so bleibt nur noch, daß die Maßnahme bestimmt war, dem Schule der Republik zu dienen. Die Studentenschaft wird sich dagegen nicht ausschließen und dadurch beweisen, daß sie gewohnt ist, die Autorität des Staates zu achten, ohne Müßigkeit auf die weilen den Träger. Ob allerdings der Antrag der Bildstürmer erreicht wird, darf wohl bezweifelt werden. Die beiden Postamente regen zum Nachdenken an. Man hat herausgestellt, ohne doch etwas besseres an die Stelle setzen zu

und frisch gespielt; es war vielleicht das Beste, was sie überhaupt jemals machte, aber sie war naturnormisch in den Ensembles noch recht unsicher, was denn gerade bei flotter heiterer Musik der schlagfröhlichen Wirkung nichtförderlich ist. Abgesehen davon aber kam der niedliche Einakter, der mit den Schülern des Schulmachers Abu Hassan in romantischem Märchengewande ein lustiges Abbild von Webers eigener leidenschaftlichen Stuttgarter Periode gibt, recht eindrucksvoll heraus, wozu Müller als klassischer Abu Hassan, Ermold als lächerlicher Bütcher und Kuschbach am Dirigentenpult das Beste taten. Das Werk selbst mutet anders als allerdings sehr Mozartisch als Weberlich an; zumindesten deutet es ebenso stark auf die „Entführung“ zurück als auf den „Oberon“ voraus.“ E.S.

### Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theaterpielplan für heute. Opernhaus: Weber-Konzert, „Abu Hassan“ (7); Schauspielhaus: „Romeo und Julia“ (7); Neuköllner Schauspielhaus: „Hoffnungslos“ (7); Mesriben-Theater: „Die Alpensiegerin“ (7); Schmidts „Vottel“ (7); Semperoper: „Die Braut des Bacchus“ (7).

† Rundfahrt Schauspielhaus. An der nächsten Aufzähnung von Houmanns Traumbildung „Hanneles Himmelfahrt“ am Dienstag spielt Prinzessin Maria das Hannele. Werner Rosel spielt den Prinzen Gomar.

† Mozartverein. An dem auf den 7. Februar ( Dienstag) verlebten Mittwochabend wird aufgeführt: Mozart: Einleitung und Arie (G-Moll) und Adagio (A-Dur) für Streichorchester.

† Rundfahrt Schauspielhaus. In der nächsten Aufzähnung von Houmanns Traumbildung „Hanneles Himmelfahrt“ am Dienstag spielt Prinzessin Maria das Hannele. Werner Rosel spielt den Prinzen Gomar.

† Konzert. Die dänische Koloratursängerin Billie-mine Hæggbo Petersen aus Kopenhagen gab im wohlgefüllten Gewerbehaus mit dem getümten Philharmonie-Parkett ein Konzert, das der Künstlerin Gelegenheit bot, ihr virtuoses Können nach verschiedenen Seiten hin zu zeigen. Die Stimme besitzt wohlfliegende Süße und erstaunliche Beweglichkeit bis in die dreigekrönte Octave hinein. In der

Aufführung des Opernhalbers „Abu Hassan“ war ein kleines „aber“ dabei. Wegen des Trauersalles im Hause

</





